

Hat der Generationenvertrag eine Zukunft?

Fachtagung zur Alterssicherung

Kann der Generationenvertrag auch im Jahr 2050 noch wirksam sein? Mit dieser Frage beschäftigte sich eine Seniorenpolitische Fachtagung der dbb bundesseniorenvertretung. Experten und Praktiker suchten nach langfristigen Lösungen für die Finanzierbarkeit von Renten und Pensionen. Auf die wichtige Frage nach dem künftigen Bestand des Generationenvertrags gab es die Antwort: Wahrscheinlich ja.

“Wir brauchen tragfähige Zukunftskonzepte statt Halbwahrheiten“. Das war die Botschaft an Politik und Gesellschaft. Die Herausforderung bleibt, eine immer größer werdende Gruppe von Menschen, die aus dem Erwerbsleben ausscheiden, mit einer immer kleiner werdenden Gruppe zu synchronisieren, die mit ihrer Arbeit Rente und Versorgung finanzieren soll. Ulrich Silberbach, dbb Bundesvorsitzender, bescheinigte dem Generationenvertrag eine Zukunft, um die man allerdings kämpfen müsse. “Es werden keine Patentlösungen vom Himmel fallen.“ Politik und Gesellschaft seien gleichermaßen aufgerufen, die Probleme der Alterssicherung zu lösen. Eine weitere Absenkung des Rentenniveaus wäre allerdings eine Sackgasse mit der Folge, dass künftig noch mehr Menschen ihre Rente mit Sozialleistungen aufstocken müssten.

Alterssicherung benötigt Wohlstand

Franz Müntefering, Vorsitzender der Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen (BAGSO) hob hervor, dass die Alterssicherung ein wohlstandsfähiges Land voraussetzt. Daher müsste der Jugend eine zielgerichtete und gute Ausbildung als Grundvoraussetzung vermittelt werden. Für ihn ist eine stärkere Berufsorientierung in der Ausbildung wie auch die Förderung dualer Ausbildungsgänge notwendig. In der sinkenden Geburtenrate sieht er eine latente Bedrohung der Alterssicherung. Für den Bereich des öffentlichen Dienstes skizzierte Müntefering Probleme durch eine extrem große Kohorte von Beschäftigten, die in den Jahren 2040 bis 2045 in den Ruhestand treten wird. Wer hier weitsichtig agiere und für Nachwuchskräfte Sorge, tue nicht nur Gutes für die Alterssicherung, sondern für die gesamte Gesellschaft. “Ohne einen guten öffentlichen Dienst ist die Demokratie nicht lebensfähig“, so der ehemalige SPD-Chef und Bundesminister.

Empfehlungen für die Rentenpolitik

Die Finanzwissenschaftlerin Dr. Gisela Färber machte deutlich, dass Kinder und Migration Schlüsselparameter sind. Sie nannte drei Ziele auf dem Weg zur “besten Rentenpolitik“. Eine gute, beschäftigungssichernde Wirtschaftspolitik mit ausreichenden Löhnen und angemessenem Zinsniveau, eine weltoffene Migrationspolitik mit dem Ziel der Integration der Menschen in die Arbeitsmärkte sowie eine Bildungspolitik, die langfristig Wettbewerbsfähigkeit und Produktivität sichert. Dr. Reinhold Thiede von der Deutschen Rentenversicherung zeigte am demografischen Wandel, in dem sich die Rentenversicherung derzeit befindet, dass das Rentensystem durchaus mit den Veränderungen mithalten kann. “Die Politik war frühzeitig sensibilisiert,“ so die Feststellung, “und hat bereits seit 1992 mit Leistungsbeschränkungen entsprechend reagiert.“ Insgesamt steht die Gesetzliche Rentenversicherung derzeit nicht schlecht da mit Nachhaltigkeitsrücklagen von 40,5 Milliarden Euro aufgrund positiver Wirtschaftszahlen (2005: 1,7 Milliarden Euro). Diese werden allerdings etwas abgebaut zur Stabilisierung der Rentenbeiträge.

Sicherung der Beamtenversorgung

Dr. Christoph Hauschild aus dem Referat für Versorgungsrecht und Beamtenversorgung im Bundesinnenministerium kritisierte schließlich die insbesondere von den Medien geübte Praxis, vermeintliche “Luxuspensionen“ mit Durchschnittsrenten zu vergleichen. Er betonte: “Solche Vergleiche bringen das System in Verruf und verschweigen zum Beispiel, dass in Beamtenhaushalten überproportional häufiger Doppelverdiener vertreten sind als bei den Rentnern.“ Verständnis zeigte er für die Bestrebungen der Bundesländer, ihr eigenes Versorgungsrecht weiter zu entwickeln. So

trifft der Freistaat Bayern sehr wohl Vorkehrungen gegen eine größer werdende Versorgungslücke bei den Pensionen mit Rücklagen und einem eigenen Versorgungsfond. Das konsequente Umsteuern auf eine zumindest partielle Kapitaldeckung zur langfristigen Stabilisierung und haushaltsgerechten Sicherung der Versorgung wird vom Bayerischen Beamtenbund (BBB) und brlv nachdrücklich begrüßt.

Ch. Nicklas/AiR